

Informationen aus dem Fachbereich Erziehungshilfe 03-2019

Aus der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses vom 21. März

Der im Rahmen der letzten Fachbereichsversammlung vorgestellte Vorschlag zur Berücksichtigung von Dual Studierenden bei der Personalmindestausstattung (maximal zu 50 % ab dem 5. Fachsemester) wurde einstimmig als Empfehlung beschlossen. Auf dieser Basis wird das Nds. Sozialministerium dann hoffentlich eine entsprechende Ergänzung der "Nds. Hinweise für die Erteilung der Betriebserlaubnis von Einrichtungen und sonstigen betreuten Wohnformen nach §§ 45 ff SGB VIII (...)" vornehmen. Sobald diese vorliegt, werden wir Sie darüber in Kenntnis setzen.

Eine Zusammenfassung sowie die Beschlüsse aus der Sitzung finden Sie unter dem folgenden Link:

https://soziales.niedersachsen.de/startseite/kinder_jugend_familie/landesjugendamt/landesjugendhilfeausschuss/sitzungen/

Aus dem Beirat zum Landesrahmenvertrag vom 2. April 2019

Die im beiliegenden Informationsanschreiben der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) angekündigten Rahmenvertragsänderungen wurden in der Sitzung des Landesrahmenvertrags bestätigt. Der Beirat empfiehlt den Vertragspartnern insofern die folgenden Änderungen:

- 1) Neue Anlage 13: Umsetzungskonzept zum Vergleich von Leistungen und Entgelten
- 2) Neue Anlage 14: Musteranschreiben für Einrichtungen zur Einreichung der Unterlagen / Musterantwortanschreiben für Jugendämter / Strukturierung für schnellere Verhandlungen (u.a. Rückmeldefrist für Jugendämter zwei Wochen nach Eingang der Unterlagen)
- 3) Inhaltliche Rahmenvertragsänderungen: Ablösung des Info-Katalogs durch die neue Datenbank und redaktionelle Folgeänderungen

In den kommenden Wochen werden nun die Vertragspartner des Landesrahmenvertrags (Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Kommunale Spitzenverbände, VPK) in ihren Gremien die Änderungen beraten. Sollten alle Gremien zustimmen, startet im Nachgang das Unterschriftenverfahren und können die Änderungen dann aller Voraussicht nach im Herbst 2019 bzw. Anfang 2020 in Kraft treten.

Leider konnten wir bei dem Thema "Finanzierung der Kosten von Dual Studierenden" mit den VertreterInnen der kommunalen Seite noch zu keiner Einigung kommen. Für das Thema wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die bis zur nächsten Herbstsitzung des Beirats einen entsprechenden Vorschlag entwickeln soll. Gemeinsam mit dem Kollegen der Diakonie vertritt Herr Baier die Verbände der Wohlfahrtsverbände in dieser Arbeitsgruppe.

Abfrage: Anerkennung von Nicht-Fachkräften in der Jugendhilfe

Auf der letzten Fachbereichsversammlung war das Einzelantragsverfahren zur Beschäftigung von Nicht-Fachkräften in den Angeboten der (teil-)stationären Jugendhilfe ein Thema.

Um einen Überblick zu bekommen, für welche Absolvent*innen mit welchen Studienabschlüssen Einzelanträge gestellt werden und für diese Studiengänge in Zukunft eine schnellere Anerkennung zu erreichen, haben wir eine Abfrage bei den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Niedersachsen gestartet.

Wir möchten Sie bitten, falls noch nicht geschehen, die anhängende Word-Datei auszufüllen und an Frau Thomsen (tmea.thomsen@paritaetischer.de) zurück zu senden. Folgende Fragen sind für uns interessant:

- Mitgliedsorganisation
- Wie viele Anträge zur Beschäftigung von Nicht-Fachkräften haben Sie gestellt (Anzahl 2020 und 2019)?
- Über welche Studienabschlüsse von welcher Hochschule verfügten die Personen, für welche die Anträge gestellt wurden?
- Werden bestimmte Studienabschlüsse besonders häufig beantragt?
- Wurden für die Personen mit diesen Abschlüssen die Genehmigung des Landesjugendamtes erteilt (bitte mit ja oder nein oder mit Auflagen antworten)? Haben Sie weitere Anmerkungen?

Paritätischer Fachtag "Leaving Care: Übergänge gestalten – gut begleitet ins Erwachsenenleben" am 12.06.2019 im Freizeitheim Vahrenwald in Hannover

Am 12.06.2019 findet im Freizeitheim Vahrenwald ein Fachtag zum Thema Careleaver statt. Die Einladungen sind gestern per Mail verschickt worden, weitere Informationen können Sie bei Wibke Behlau erhalten:

wibke.behlau@paritaetischer.de

0511.52486-371

Anmeldungen sind ab sofort möglich bei Timea Thomsen timea.thomsen@paritaetischer.de oder per Fax an 0511.52486-333

AFET-Positionspapier: "Mit unabhängigen Ombudsstellen die Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe stärken"

Ombudsstellen bieten Kindern, Jugendlichen und deren Familien unabhängige Beratung und Unterstützung bei Schwierigkeiten mit anderen Beteiligten im Jugendhilfesystem. Auf Bundesebene wird diese Unterstützung insbesondere im Reformprozess des SGB VIII sowie im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz aufgenommen und ist mit einer entsprechenden Aufnahme in das SGB VIII zurechnen.

Um die Diskussion zu unterstützen hat der AFET hat zum Thema Ombudschaften ein Positionspapier erstellt. Dieses finden Sie als Anlage zu dem Rundschreiben.

Stiftung Anerkennung und Hilfe verlängert bis 31.12.2020

Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland bzw. von 1949 bis 1990 in der DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch unter den Folgen leiden, können seit 2017 Unterstützung bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe erfahren. Die Stiftung wird von Bund, Länder und Kirchen gemeinsam getragen. Die Anmeldefrist wurde um ein Jahr verlängert. Betroffene können sich nun bis zum 31. Dezember 2020 bei einer Anlauf- und Beratungsstelle anmelden.

Da es sich bei den Betroffenen zum Teil um Menschen mit kognitiven Einschränkungen handelt, die auch heute noch in Einrichtungen leben und sich kaum über allgemein zugängliche Quellen wie das Internet, Zeitungen oder Zeitschriften informieren können, sind die Möglichkeiten der Stiftung begrenzt, Betroffene direkt zu erreichen.

Aus diesem Grunde bitten wir auch über den Verteiler des Fachbereichs Erziehungshilfe darum, die Verbreitung der Information zu unterstützen.

Weitere Informationen zur Stiftung Anerkennung und Hilfe können dem anliegenden Schreiben und der Website der Stiftung: www.stiftung-erkennung-hilfe.de entnommen werden.

Abschiebung und junge Geflüchtete – Rechtlicher Rahmen und Handlungsoptionen der Kinder- und Jugendhilfe

Dürfen unbegleitete Minderjährige überhaupt abgeschoben werden? Was sind die Anforderungen an Behörden bei einer Abschiebung? Darf der Vormund bei einem Termin bei der Ausländerbehörde weggeschickt werden? Darf sich die Polizei zum Zweck der Abschiebung Zutritt zu einer Jugendhilfeeinrichtung verschaffen? Wie können sich die Jugendlichen und die betreuenden Fachkräfte wehren? Welche Besonderheiten gelten bei jungen Volljährigen? Zur Klärung dieser und vieler weiterer Fragen soll eine neu erstellte Arbeitshilfe einen Beitrag leisten. <https://b-umf.de/material/>

Seelisch gesund aufwachsen – neue Merkblätter und Filme für Eltern ergänzen die Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U9 für Kinder

Eltern, die mit ihrem Kind zu den Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U9 gehen, erhalten dort künftig auch Merkblätter zur seelischen Gesundheit bzw. psychischen Entwicklung ihrer Kinder. Die zehn Merkblätter „Seelisch gesund aufwachsen“ wurden von den gesetzlichen Krankenkassen, dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), der Deutschen Liga für das Kind, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie dem

Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) entwickelt. Zudem besteht die Möglichkeit, sich mit zehn anschaulichen Filmen – in mehrere Sprachen übersetzt – zur psychischen Gesundheit von Kindern zu informieren. www.seelisch-gesund-aufwachsen.de